



BEITRAGSORDNUNG

für den Bundesverband Deutscher Kinderausstattungs-Hersteller e. V. (BDKH)

gemäß § 6 Abs. 2 der Satzung

§ 1

Mitgliedsbeiträge ordentlicher Mitglieder

1. Bei Mitgliedern mit einem Jahresumsatz bis zu 5 Mio. € beträgt der Mitgliedsbeitrag 1.500 € im Jahr (Beitragsklasse 00). Bei Mitgliedern mit einem Jahresumsatz bis zu 10 Mio. € beträgt der Mitgliedsbeitrag 3.000 € im Jahr (Beitragsklasse 01). Bei Mitgliedern mit einem Jahresumsatz zwischen 10 und 30 Mio. € beträgt der Mitgliedsbeitrag 6.000 € im Jahr (Beitragsklasse 02). Bei Mitgliedern mit einem Jahresumsatz mehr als 30 Mio. € beträgt der Mitgliedsbeitrag 9.000 € im Jahr (Beitragsklasse 03).
2. Als Umsatz im Sinne dieser Beitragsordnung gelten nur die in deutschsprachigen Ländern erwirtschafteten (Netto-) Umsatzerlöse mit Kinderausstattungsprodukten. Umsätze von mit den Mitgliedern verbundenen Unternehmen (§§ 15 ff. Aktiengesetz) werden mit denen des Mitglieds zusammengefasst. Maßgeblich sind die Umsatzerlöse des letzten abgeschlossenen, zwölf Monate dauernden Geschäftsjahres des Mitglieds.
3. Im Aufnahmeantrag haben sich die Antragsteller selbst wahrheitsgemäß entsprechend dem Umsatz gemäß Absatz 2 in eine der vorgenannten Beitragsklassen einzuordnen. Diese Beitragsklasse ist gemäß Absatz 1 maßgeblich für die Höhe des Mitgliedsbeitrags. Zur Überprüfung der Richtigkeit der Einordnung kann der Vorstand weitere Unterlagen anfordern.
4. Die Mitglieder haben regelmäßig zu überprüfen, ob ihre ursprüngliche Einordnung gemäß Absatz 3 noch zutreffend ist. Ist dies nicht mehr der Fall, haben sie ihre Einordnung anzupassen und dies dem Vorstand des Verbands umgehend schriftlich anzuzeigen. Stimmt der Vorstand des Verbands der Anpassung mit 3/4 Stimmenmehrheit zu, tritt die Anpassung mit dem Beginn des neuen Geschäftsjahres des Verbands in Kraft. Die Zustimmung zur Anpassung der Einordnung in eine Beitragsklasse darf vom Vorstand nicht verweigert werden, sofern die Richtigkeit der Anpassung durch geeignete Unterlagen nachgewiesen wird. Geeignete Unterlagen in diesem Sinne sind insbesondere ein Jahresabschluss des letzten abgeschlossenen, zwölf Monate dauernden Geschäftsjahres oder eine schriftliche Bestätigung eines Steuerberaters oder Wirtschaftsprüfers.
5. Bestehen Zweifel daran, ob die Einordnung eines Mitglieds in eine Beitragsklasse weiterhin richtig ist, kann der Vorstand nach Anhörung des betroffenen Mitglieds, mit 3/4 Stimmenmehrheit beschließen, das Mitglied in eine andere Beitragsklasse einzuordnen. Der Beschluss ist dem Mitglied schriftlich mitzuteilen. Die Neueinordnung durch den Vorstand tritt mit Beginn des neuen Geschäftsjahres des Verbands in Kraft. Die Neueinordnung ist unwirksam, wenn das betroffene Mitglied ihr innerhalb von 4 Wochen nach Zugang des Beschlusses schriftlich gegenüber dem Vorstand widerspricht und die fortbestehende Richtigkeit seiner Einordnung durch die in Absatz 4 genannten Unterlagen nachweist.

§ 2

Mitgliedsbeiträge von Förder- und Ehrenmitgliedern

1. Die Art der Unterstützung bzw. die Höhe der Beiträge von Fördermitgliedern legt der Vorstand im Einvernehmen mit dem betroffenen Fördermitglied fest. Der Mindestmitgliedsbeitrag eines Fördermitglieds beträgt 1.000 € im Jahr.
2. Ehrenmitglieder sind von der Beitragspflicht befreit.

§ 3

Beitragsjahr

1. Das Beitragsjahr ist das Kalenderjahr. Der Beitrag ist jährlich im Voraus zu entrichten.

§ 4

Anteilige Beträge

1. Mitglieder, deren Mitgliedschaft während eines bereits laufenden Jahres beginnt, sind in ihrem Beitrittsjahr zur Zahlung eines nach vollen Monatsanteilen bemessenen Mitgliedsbetrags verpflichtet.
2. Mitglieder, deren Mitgliedschaft im Laufe eines Kalenderjahres endet, sind in dem betreffenden Jahr zur Zahlung des vollen Mitgliedsbeitrags verpflichtet.

§ 5

Fälligkeit und Verzug

1. Der Mitgliedsbeitrag wird zum ersten Werktag eines jeden Kalenderjahres fällig.
2. Mitgliedsbeiträge von neuen Mitgliedern sind zum Zeitpunkt des Beginns ihrer Mitgliedschaft fällig und werden innerhalb eines Monats eingezogen.
3. Im Falle des Verzuges sind ausstehende Mitgliedsbeiträge mit acht Prozentpunkten über dem Basiszinssatz gemäß § 247 BGB zu verzinsen.
4. Für jede Mahnung kann der Vorstand bzw. falls bestellt, die Geschäftsführung eine Aufwandspauschale in Höhe von 10,00 € verlangen.
5. Der Verband ist berechtigt, überfällige Forderungen für Mitgliedsbeiträge auf Dritte zur Einziehung (Inkasso) oder zum Verkauf (Factoring) zu übertragen. Damit verbundene Kosten trägt das betreffende Mitglied.

§ 6

Zahlung

1. Die Einziehung von Beiträgen erfolgt durch den Vorstand bzw. falls bestellt, durch die Geschäftsführung.
2. Die Einziehung von Beiträgen soll möglichst durch Abbuchungserlaubnis oder Lastschriftverfahren erfolgen.

§ 7

Inkrafttreten

1. Die vorliegende Beitragsordnung tritt mit der Beschlussfassung am 11.06.2018 durch die Mitgliederversammlung in Kraft.
2. Vorherige Beitragsordnungen oder Vereinbarungen über Beiträge verlieren mit Inkrafttreten dieser Beitragsordnung ihre Gültigkeit.